



SO SICHER WIE EIN HAUS?

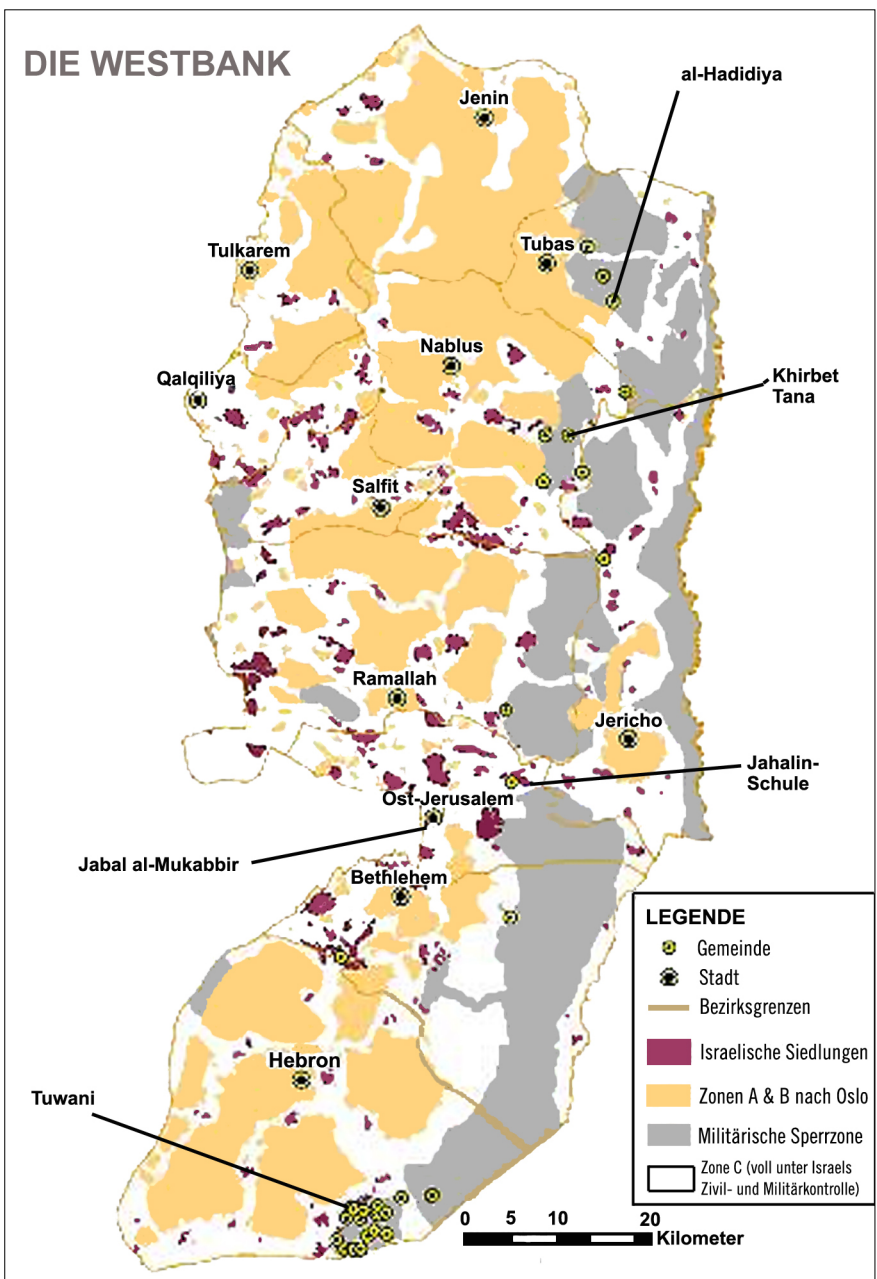
Israels Abrisspolitik
gegen palästinensische
Wohnhäuser

AMNESTY
INTERNATIONAL



Die Palästinenser, die in Ostjerusalem und im Rest der Westbank unter israelischer Besatzung leben, sind bezüglich der Frage, was und wo sie bauen dürfen, mit so starken Einschränkungen konfrontiert, dass ihr Recht auf eine adäquate Unterkunft verletzt wird. Die israelischen Behörden kontrollieren die Vergabe von Baugenehmigungen und erteilen diese nur äußerst selten. Häuser und Bauten, die ohne eine solche Genehmigung errichtet werden, urteilen sie als „illegal“ ab und ordnen in der Folge ihren Abriss an. Jederzeit können Abrissunternehmen begleitet von Sicherheitskräften anrücken. Die betroffenen Familien werden erst kurz vorher informiert und erhalten kaum Gelegenheit, ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen.

Anhand des israelischen Militärrechts, das für die Palästinenser in den größten Teilen der Westbank gilt, erhalten Familien, die ihre Häuser zwangsweise verlassen müssen, weder eine Ersatzunterkunft noch eine Entschädigung. Und wenn nicht Angehörige, Freunde oder Hilfsorganisationen sich dieser Vertriebenen annehmen würden, blieben sie obdach- und mittellos zurück. Der palästinensischen Bevölkerung in Ostjerusalem, die unter israelischer Zivilverwaltung steht, ergeht es nicht viel besser.



Als am 29. Oktober 2009 Delegierte von Amnesty International in Jabal al-Mukabbir, einem Vorort südlich der Jerusalemer Altstadt, eintrafen, saßen Rida Nimr und ihr Ehemann Nimr Ali Nimr gerade in den Trümmern ihres zerstörten Hauses. Zwei Tage zuvor hatte ein israelisches Abrisskommando der Jerusalemer Stadtverwaltung das zweistöckige Wohnhaus zerstört, in dem drei Generationen der Familie gelebt hatten. Unter den so obdachlos Gewordenen befanden sich auch fünf Kinder. Rida beschrieb die Ereignisse:

Als die Kinder noch schliefen, trafen rund 30 Polizei- und Sonderkräfte ein, Sie brachten drei Bulldozer mit, die von zivilen Vertragspartnern gefahren wurden. Schnell umstellte die Polizei das Gebäude und riegelte das Gelände ab. Die Abrisskräfte holten nur einige wenige Möbelstücke aus dem Haus, bevor sie es zerstörten, und erlaubten uns nicht, noch weitere Gegenstände fortzuschaffen. Erst nach längerem Bitten erlaubten sie unserer Tochter, ihren Laptop aus dem Haus zu holen, den sie für ihre Universitätsstudien braucht.

Die Familie erklärte, dass bei dem Abriss auch Geld und persönliche Unterlagen verloren gegangen seien. Unter den Trümmern konnte man zerbrochene Möbelstücke und andere Haushaltsgegenstände erkennen. Der 24jährige 'Aouni Nimr und seine Frau, die vier Tage vor dem Abriss gerade erst geheiratet hatten, verloren nicht nur etliche ihrer Hochzeitsgeschenke, sondern auch das Haus, in dem sie ihr gemeinsames neues Leben beginnen wollten.

Karte mit freundlicher Genehmigung des Büros zur Koordination humanitärer Angelegenheiten, Besetzte Palästinensische Gebiete, mit textlichen Ergänzungen durch Amnesty International anhand der Fallstudien im vorliegenden Bericht

Die Familie Nimr erzählte Amnesty International, dass sie ihr Haus im Jahr 2000 errichtet, gleich darauf jedoch eine Abrissanordnung von der Jerusalemer Stadtverwaltung erhalten habe. In den folgenden Jahren war die Familie immer wieder gegen diesen Abrissbefehl angegangen. Sie legte drei unterschiedliche Baupläne vor und versuchte, den Abriss mit Hilfe israelischer Gerichte abzuwehren. Die israelischen Behörden lehnten die Baupläne jedoch ab, die ersten beiden Male aus „Sicherheitsgründen“ und beim dritten Versuch, weil die Stadtverwaltung beschlossen hatte, das Land als „Grüne Zone“ zu deklarieren, (in der keine Bautätigkeit erlaubt ist).

Sechs Monate nach dem Abriss wohnte die Großfamilie Nimr immer noch getrennt. Die Mitglieder waren auf drei verschiedene Häuser von anderen Verwandten und Nachbarn verteilt. Nimr Ali Nimr lebte in einer Bretterbude neben seinem früheren Haus. Weil sie „illegal“ gebaut hatte, erhält die Familie noch immer jeden Monat einen Bußgeldbescheid über 1.500 Schekel (rund 300 €) von der Stadtverwaltung.

Nach Angaben der Vereinten Nationen zerstörten die israelischen Behörden in der Westbank allein im Jahr 2009 mehr als 270 Gebäude und vertrieben über 600 Palästinenser, mehr als die Hälfte davon Kinder. In den besetzten Gebieten sind derzeit schätzungsweise noch rund 4.800 Abrissverordnungen gegen Palästinenser anhängig. Daraus folgt, dass tausende Männer, Frauen und Kinder tagtäglich mit der Angst leben, dass das Gerumpel eines Bulldozers die bevorstehende Zerstörung ihres Hauses, ihres Besitzes und ihrer Hoffnung auf eine sichere Zukunft signalisiert.

HINTERGRUND

Im Jahr 1967 besetzte Israel am Ende des Sechstagekrieges die Westbank, einschließlich Ostjerusalem, und den Gazastreifen – also jene Territorien, die später unter dem Begriff „besetzte Gebiete“ bekannt wurden.

Gleich nach der Besetzung annektierte Israel illegalerweise mehr als 70 qkm der Westbank und stufte sie als Teil des Jerusalemer Stadtgebietes ein. Die Palästinenser, die im erweiterten „Ostjerusalem“ wohnten, wurden aber nicht zu israelischen Staatsbürgern, obwohl sie unter die Gerichtsbarkeit der israelischen Stadtverwaltung von Jerusalem gebracht wurden und die entsprechenden Gemeindesteuern zu entrichten haben.

Mohammed Bani Odehs Wohnhaus in al-Hadidiya wurde am Morgen des 11. März 2008 zusammen mit den Häusern dreier weiterer Familien durch die israelische Armee abgerissen. Mindestens 34 Menschen, darunter 26 Kinder, hatten in den zerstörten Gebäuden gelebt. Die Häuser all dieser Familien waren im Februar 2008 schon einmal abgerissen worden. Die in al-Hadidiya und in den nahe gelegenen palästinensischen Ortschaften Humsa und Ras al-Ahmar lebende Landbevölkerung ist fortlaufend mit Abriss- und Räumungsbefehlen des israelischen Militärs konfrontiert.



Der übrig gebliebene Teil der Westbank und der Gazastreifen wurden von 1967 bis in die 90er Jahre durch die israelischen Militärbehörden verwaltet. Dann änderten sich mit den Osloer Verträgen die Bedingungen der israelischen Besatzung. Diese Verträge führten zur Gründung der PA, der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Westbank wurde in die Zonen A, B und C unterteilt, und die Verwaltung und die Gerichtsbarkeit für einige Teile der besetzten Gebiete wurde auf die PA übertragen, wobei allerdings die allgemeine Sicherheit für die gesamten Gebiete unter israelischer Kontrolle verblieb. Im Rahmen der Osloer Verträge wurden 17,7 % der Westbank der Zone A zugeteilt, in der die PA für die Zivilverwaltung und die Sicherheit verantwortlich ist. Zone B, in der die zivile und die öffentliche Ordnung der PA und die Sicherheit Israel unterstehen, umfasst 18,3 % der Westbank. Der restliche Teil des Westjordanlandes, mehr als 60 % des

gesamten Bereichs der Westbank ohne den Bezirk Jerusalem, wurde als Zone C klassifiziert, in der Israel sowohl für die Zivilverwaltung als auch für die Sicherheit zuständig ist.

Im Jahr 2005 zog sich Israel aus dem Gazastreifen zurück und löste seine dort vorhandenen Siedlungen auf. Die Kontrolle über den Luftraum, die Hoheitsgewässer und die Landesgrenzen des Gazastreifens mit Israel behielt sich die israelische Regierung jedoch vor. Und obwohl Israel im Gazastreifen keinerlei Planungspolitik mehr betreibt, hat das israelische Militär seit dem Jahr 2005 im Zuge diverser Militärinterventionen tausende palästinensische Häuser vor allem im Umland des Grenzgebietes zu Israel zerstört.

BAUGENEHMIGUNGEN

Obwohl sich das legale Antragssystem für die Palästinenser in Ostjerusalem von dem für jene im Rest der Westbank unterscheidet, sind die Muster der Hausabriss ähnlich und werden hier wie dort oft aufgrund fehlender Baugenehmigungen durchgeführt. An beiden Orten ist es für Palästinenser sehr schwierig, ja nahezu unmöglich, eine solche Genehmigung von den israelischen Behörden zu erhalten. In Ostjerusalem stellt der Antrag auf eine Baugenehmigung einen langwierigen, aufwändigen und häufig erfolglosen Prozess dar.

Gemessen an der Wachstumsrate der Bevölkerung schätzen die Vereinten Nationen die Differenz zwischen dem Wohnraumbedarf der Palästinenser in Ostjerusalem und den legal erlaubten Bautätigkeiten auf mindestens 1.100 Wohneinheiten pro Jahr. Von dem Jahr 2000 an bis zum September 2007 wurden in der Zone C der Westbank mehr als 94 % der Anträge auf eine Baugenehmigung abgelehnt, die Palästinensern bei den israelischen Behörden eingereicht hatten.

Indem sie der stetig wachsenden palästinensischen Bevölkerung in Ostjerusalem und in der Westbank die Genehmigung ihrer Bauanträge verweigern, bringen die israelischen Behörden die Palästinenser in eine unmögliche Lage. Für welchen Weg sie sich auch entscheiden, am Ende sind sie immer obdachlos.

Aufgrund der Zurückweisung ihrer Bauanträge durch die israelische Besatzungsmacht, sehen viele Palästinenser keine andere Wahl mehr, als Häuser und andere Gebäude ohne offizielle Genehmigung zu errichten, wohl wissend, dass diese schon bald und ohne Entschädigung von israelischen Bulldozern abgerissen werden könnten.

JERUSALEM

Die Jerusalemer Stadtverwaltung hat nur 13 % des besetzten Ostjerusalem für palästinensische Baumaßnahmen freigegeben. Dieses Gebiet von gerade mal 9,18 km² Größe ist schon jetzt dicht bebaut und beherbergt die Wohnungen für rund 250.000 Palästinenser.

Im Kontrast dazu ermöglichen die israelischen Behörden, dass immer weitere illegal auf besetztem Boden errichtete Siedlungen, die allein dem Nutzen israelischer Siedler dienen, gebaut und ausgebaut werden. Rund 35 % des Landes von Ostjerusalem ist für illegale Siedlungen konfisziert worden, in denen heute 195.000 Israelis wohnen. Gleichzeitig werden regelmäßig Abrissanordnungen gegen palästinensische Familien verhängt, die in der Jerusalemer Altstadt und in Vororten wie Jabal al-Mukabbir leben.

„ZONE C“ IM VISIER

Anhand der Vereinbarungen von Oslo-Abkommen behielten die israelischen Behörden sowohl die zivile als auch die militärische Kontrolle in Zone C, die mehr als 60 % der Westbank umfasst, bei. Die schätzungsweise 150.000 dort lebenden Palästinenser sind mit massiven Einschränkungen sowohl ihrer Bautätigkeit als auch ihrer Bewegungsfreiheit konfrontiert. Tausende Hektar Land (18 % der Westbank insbesondere im Jordantal und in den Bergen südlich von Hebron) wurden zu „militärischen Sperrzonen“ erklärt, in denen palästinensische Bautätigkeiten rundweg verboten und der Verkehr von Palästinensern nur begrenzt erlaubt ist.

IN DER SCHUSSLINIE: DAS DORF JIFTLIK

Im Dorf Jiftlik, mitten im Jordantal, leben rund 5.000 Menschen. Bevor im Jahr 1967 die Besatzung begann,

verfügte das Dorf über ausgedehnte Ländereien. Heute ist der größte Teil des Gebiets „Militärische Sperrzone“ und palästinensische Bautätigkeiten sind nur noch in sehr beschränktem Umfang erlaubt, obwohl gleich in der Nähe drei israelische Siedlungen errichtet wurden.

Ohne Rücksprache mit den Bewohnern von Jiftlik zu halten, entwickelten die israelischen Behörden im Jahr 2005 einen „Aufrißplan“ für das Dorf, der „ausgewiesene“ Zonen festlegte, wo Palästinenser leben dürfen. Ungefähr 40 % der Wohnhäuser des Dorfes befinden sich nun demnach außerhalb der Dorfgrenzen. Selbst in Gebieten, die innerhalb der „ausgewiesenen“ Zonen von Jiftlik liegen, ist allerdings für die Errichtung neuer Gebäude oder zur Erweiterung bereits bestehender Häuser eine Genehmigung nötig. Diese Baugenehmigungen sind nur sehr schwer zu bekommen und jedes Gebäude, das ohne Genehmigung errichtet wird, kann jederzeit wieder abgerissen werden. Nach Angaben der Dorfbewohner sind in den letzten paar Jahren Dutzende Abrissanordnungen gegen Wohnhäuser in Jiftlik ergangen und rund 30 Gebäude fielen dem Abriss anheim.

DÖRFER IM JORDANTAL

Im Jordantal schränken die israelischen Behörden die Bautätigkeit von Palästinensern massiv ein und zerstören systematisch sowohl die Wohnhäuser von Palästinensern als auch die Ställe, die palästinensischen Bauern gehören. Sie verweigern der dortigen Bevölkerung die Unterkunft und entziehen ihr somit die Grundlage für ihren Lebensunterhalt. Seit 2005 haben die israelischen Behörden die Verkehrsbeschränkungen zwischen dem Jordantal und dem Rest der Westbank für Palästinenser immer weiter verschärft. Nur wer als Bewohner des Jordantals registriert ist, darf mit seinem privaten Fahrzeug in das Tal hinein. Einschränkungen des Verkehrs und der Bautätigkeit wie diese und die wiederholten Abrisse von Gebäuden im Jordantal gestalten das Überleben der palästinensischen Gemeinden vor Ort extrem hart und nur schwer auszuhalten.

Links: Ein von Palästinensern bevölkertes Gebiet im Jordantal wird auf einem Schild der israelischen Armee aus militärischen Gründen zur Sperrzone erklärt, Juli 2009.

© Amnesty International



KHIRBET TANA: WIDERSTAND GEGEN DIE ZERSTÖRUNGEN

„Um 6.00 Uhr morgens kamen die Armeejeeps; als die Menschen sie im Tal sahen, fingen sie an, ihr Hab und Gut aus den Häusern zu holen. Wir hatten nicht einmal mehr Zeit, die Schafe noch zu Ende zu melken. Sie zerstörten alles hier; um 9.30 Uhr waren sie damit fertig.“

Die 24-jährige zweifache Mutter Raeda Nasareh beschreibt Amnesty International die Zerstörungen in Khirbet Tana 2010.

Khirbet Tana ist ein Dorf westlich des Jordantals, dessen kleine Gemeinde hauptsächlich aus Bauern und Schafhirten besteht. In den frühen 70er Jahren erklärte die israelische Armee das Gebiet zur „Militärischen Sperrzone“. Und während die dort lebenden Palästinenser keine Baugenehmigungen erhielten, wurden nahebei die israelischen Siedlungen Kekhora und Itamar errichtet.

Im Juli des Jahres 2005 zerstörten die israelischen Behörden die Schule von Khirbet Tana sowie eine Anzahl von Wohnhäusern, Stallungen und Wasserzisternen, die den Palästinensern gehörten. Die Anwohner bauten ihr

Die israelischen Behörden haben Abrissanordnungen nicht nur gegen palästinensische Häuser erlassen, sondern auch gegen Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Wasserzisternen, Strommasten, Stallungen und Unterstände für Tiere, die der palästinensischen Bevölkerung gehörten.

Dorf wieder auf. Am 10. Januar 2010 kamen erneut israelische Sicherheitskräfte nach Khirbet Tana. Diesmal zerstörten sie die Wohnhäuser von 100 Palästinensern, darunter auch 34 Kinder. Außerdem rissen sie die Dorfschule und 12 Stallgebäude ab.

Trotz der wiederholten Zerstörungen sind die Menschen in Khirbet Tana entschlossen dort zu bleiben und die Gemeinde hat ein weiteres Mal damit begonnen, ihr Dorf wieder aufzubauen. Die 76jährige Um Fuad (rechts im Bild) erzählte Amnesty International:

„Als die Bulldozer kamen, war ich gerade dabei, oben auf dem Haus Käse zu machen, und die Soldaten und die Arbeiter stellten sich alle um mich herum auf. Ihre Chefs fotografierten das Ganze und ich fragte sie, was sie denn wollten, vielleicht auch ein Stückchen Käse? Dann verteilte ich ein paar Süßigkeiten, die ich in einer Schale hatte an die Dorfbewohner. Ich sagte zu ihnen 'Lasst uns feiern, weil bald etwas bauen werden.' Und tatsächlich, noch ehe die Bulldozer wieder abgezogen waren, hatten wir schon ein Zelt aufgebaut.“

© Amnesty International



ganz oben: Um Fuad, 29 April 2010

darunter: Die aus zwei Klassenräumen bestehende Schule in Khirbet Tana, die am 10 Januar 2010 abgerissen, danach wieder aufgebaut und am 26. April wieder geöffnet wurde. Von Januar bis April waren die Kinder in einem Behelfszelt auf dem Schulgelände unterrichtet worden.

links oben: Die Bewohner von Khirbet Tana bestreiten ihren Lebensunterhalt durch die Schaf- und Ziegenzucht. Ihre Ställe haben sie aus Metallteilen wiederhergestellt, die sie nach dem Abriss durch die israelische Armee am 10. Januar 2010 aus den Trümmern zogen. Nach dem Abriss waren einige ihrer Tiere infolge des schlechten Wetters verendet.

links: Das Dorf Khirbet Tana kurz nachdem es im Januar 2010 zum zweiten Mal zerstört worden war.





© Amnesty International

DIE JAHALIN – INS NIRGENDWO GETRIEBEN

In den 1950er Jahren wurde der Beduinestamm der Jahalin aus der Region Tel Arab in der Negev-Wüste von den israelischen Behörden in die Westbank vertrieben. Als Israel die Westbank später besetzte, schränkte das israelische Militär die den Jahreszeiten unterworfenen Wanderungen des Stammes ganz ein und verhinderte damit, dass die Beduinen weiter an ihrer traditionellen Lebensweise festhalten konnten. So ließen sich die Jahalin in kleinen Feldlagern nieder und richteten dort ihre dauerhafte Wohnstätte ein. Diese Tatsache hatte unweigerlich dazu geführt, dass der Stamm der Jahalin nun beständig mit Drangsalierungen sowohl durch die israelischen Siedler als auch seitens der israelischen Militärbehörden konfrontiert ist, die behaupten, dass ihre Zelte und ihre einfachen Häuser dort „illegal“ seien.

Ganz in der Nähe der arabischen Gemeinschaft der al-Jahalin, an der Straße von Jerusalem nach Jericho, im Süden der israelischen Siedlung Adumin, etwa zehn Kilometer vom palästinensischen Dorf Anata entfernt lebt der Abu Dahouk Clan, der aus ungefähr 30 Familien besteht.

Bis ins Jahr 2009 mussten die Kinder den gefährlichen Weg über die Straße nach Anata oder sogar noch weiter bis ins Flüchtlingslager Iqbet Jaber in der Nähe von Jericho nehmen, um zur Schule zu kommen, denn die Fahrtkosten von circa 200 israelischen Schekeln (rund 43 Euro) pro Monat

für jedes Kind, waren für viele Familien einfach unerschwinglich.

Mitte des Jahres 2009 begann der Abu Dahouk Clan mit Unterstützung der italienischen NGO *Vento di Terra* den Bau einer eigenen Schule. Auf einem 300 m² großen Stück Land wurden aus Altreifen, die mit Erde und Schlamm verfüllt und mit altem Speiseöl wasserdicht gemacht waren, die Grundmauern errichtet. Da die Dächer aus Holzbalken bestehen, lassen sie auch bei drückenden Temperaturen die Luft zirkulieren. In dem Bemühen, die Gebäude noch rechtzeitig zu Beginn des neuen Schuljahrs fertigzustellen, arbeiteten die Anwohner bis zu zwölf Stunden am Tag daran und beschäftigten dazu noch fünfzehn ortsansässige Arbeiter.

Am 24. Juni 2009 ordneten die israelischen Militärbehörden an, dass die Arbeiten einzustellen seien. Die Gemeinde ignorierte diese Anordnung jedoch, und so ging für die 75 Kinder des Ortes am Ende des Monats August 2009 der Grundschulunterricht los.

Im Februar 2010 beantragte der Stamm der Jahalin beim Obersten Israelischen Gerichtshof eine legale Genehmigung für den Bau der Schule, um den Unterricht dort fortsetzen zu können.

Am 3. März 2010 stellte der Oberste Gerichtshof fest, dass die Schule bis Ende des Schuljahrs am 1. Juni 2010 geöffnet bleiben darf. Der Appell der

Dorfbewohner, den Betrieb der Schule über eine nachträgliche Genehmigung zu „legalisieren“, wurde jedoch abgewiesen.

Über einen möglichen Abriss oder die Zukunft des Schulgebäudes soll nun erst nach dem 1. Juni 2010 in einer weiteren Sitzung des Gerichtshofs entschieden werden.

Die Kinder der Jahalin-Schule erzählten Amnesty International, dass diese Schule „hundert Mal, ja tausend Mal besser“ sei als die weit entfernt liegende Schule in Iqbet Jaber und dass sie befürchten, ihre schulische Ausbildung nicht fortsetzen können, wenn die Schule abgerissen werden sollte.

oben: Grundschul Kinder in der al-Khan al-Ahmar Schule im Jahalin-Beduinenlager, April 2010.

unten: die Außenansicht der Schule



© Amnesty International

In der illegalen israelischen Siedlung Maaleh Adumin, östlich von Jerusalem, gehen trotz gegenteiliger Aufrufe der internationalen Gemeinschaft nach einem Einfrieren des Siedlungsbaus die Bauarbeiten weiter, April 2010.

© Amnesty International



ISRAEL WIDERSETZT SICH DEN INTERNATIONALEN STANDARDS

Das Recht auf eine angemessene Unterkunft ist wesentliches Element des Rechts auf einen ordentlichen Lebensstandard. Wo dies beachtet wird, kann es die Grundlage sein, auf der auch andere Rechte durchzusetzen sind, wie die Rechte auf eine Familie, auf Arbeit und Bildung. Gleichzeitig kann das Recht auf eine angemessene Unterkunft aber gefährdet oder nicht erreichbar sein, wo andere wichtige Rechte wie das Recht auf Sicherheit der Person, das Recht auf Teilhabe an der Entscheidungsfindung und die Freiheit von Diskriminierung nicht anerkannt sind. Verstöße gegen das Recht auf adäquate Unterkunft, wie Palästinenser in den OPT sie erleben, stellen sowohl ein Symptom der Menschenrechtsverletzungen generell dar, denen Palästinenser unterliegen, als auch eine Hürde für die Erreichung weiterer Menschenrechte.

Allerdings ist Israel Vertragsstaat des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) und an diesen gebunden. Der ICESCR garantiert ausdrücklich das Recht auf adäquate Unterkunft ohne Diskriminierung (Artikel 11.1): *„Die Vertragsstaaten des vorliegenden Paktes erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie, einschließlich adäquater Nahrung, Kleidung und Unterkunft*

sowie auf eine stete Verbesserung der Lebensbedingungen an.“

Zu einer angemessenen Unterkunft zählt auch die Sicherheit des Besitzes. Das bedeutet, dass alle Menschen in jedweder Lebensform durch das Gesetz vor Zwangsräumungen, Schikanen oder Bedrohungen zu schützen sind. Die Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stehen in der Pflicht, diese Sicherheit zu gewährleisten. Alle UN-Kommissionen, die die Durchführung der Menschenrechtsverträge überwachen, haben Israels Forderung widersprochen, dass die UN-Menschenrechtskonventionen in den besetzten Gebieten nicht gelten.

„Das Komitee nimmt mit Bedenken zur Kenntnis, dass gegenüber Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten auf der einen Seite andere Gesetze, Politiken und Praktiken angewendet werden, als gegenüber den Israelis auf der anderen Seite ...“

„Zudem wiederholt das Komitee seinen Aufruf nach einem Ende der Zerstörung arabischen Besitzes insbesondere in Ostjerusalem und nach Respekt vor den Besitzrechten, ungeachtet der ethnischen oder nationalen Herkunft der Inhaber.“

UN-Komitee zur Beseitigung von Rassendiskriminierung, Juni 2007

In seinen Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten ist Israel auch als Besatzungsmacht und als Unterzeichnerstaat an die Vierte Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Zeiten des Krieges gebunden. Artikel 53 verbietet jede Zerstörung von Eigentum, die nicht durch eine militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist.

Die Vierte Genfer Konvention verbietet der Besatzungsmacht zudem den Transfer eigener Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet (Artikel 49). Seit Beginn der israelischen Besatzung im Jahr 1967, wurden aber 135 offiziell anerkannte israelische Siedlungen und 99 so genannte „Außenposten“ (nicht autorisiert aber staatlich gefördert und von Regierungsministerien finanziert) in der Westbank und in Ostjerusalem aufgebaut - unter Verstoß gegen das internationale Recht und jeglichen UN-Resolutionen zum Trotz. Auch hier wurde das Argument Israels, dass die Vierte Genfer Konvention in den OPT nicht anwendbar sei, von höchsten internationalen Entscheidungsgremien einschließlich des UN-Sicherheitsrates und des Internationalen Gerichtshofes, zurückgewiesen. Zur Frage israelischer Siedlungen in den OPT befanden der Sicherheitsrat wie der Internationale Gerichtshof zudem, dass Israels Siedlungsbau gegen die Vierte Genfer Konvention verstößt.



Im Dorf Tuwani in den südlichen Hügeln von Hebron sitzt Fadhel Raba'i neben einer Wasserzisterne, die vom Abriss bedroht ist. Im Juli 2009 hatten die israelischen Behörden eine Abrissanordnung gegen die Strommasten von Tuwani verhängt, die am 25. November 2009 umgesetzt wurde. Zudem gab die Armee weitere Verfügungen zum „Stopp der Arbeiten“ an sieben neuen Wohngebäuden und einer Wasserzisterne heraus.

WERDEN SIE AKTIV!

FORDERN SIE DIE ISRAELISCHEN BEHÖRDEN AUF,
DIE DISKRIMINIERENDE BAUPOLITIK ZU BEENDEN.

RUFEN SIE DIE ISRAELISCHEN BEHÖRDEN AUF:

- den Abriss von Häusern in den besetzten palästinensischen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem sofort zu beenden;
- die Hoheit über die Planungs- und Baupolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten an die lokalen palästinensischen Gemeinden zu übergeben;
- den Bau oder die Erweiterung israelischer Siedlungen und der damit verbundenen Infrastruktur in den besetzten palästinensischen Gebieten zu stoppen – als ersten Schritt hin zu einem Abbau israelischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet

BITTE SCHREIBEN SIE AN:

Benjamin Netanyahu

Prime Minister
Office of the Prime Minister
3 Kaplan Street
PO Box 187
Kiryat Ben-Gurion
Hakiryat
Jerusalem 91950
Israel
Fax: +972 2 566 4838
oder: +972 2 649 6659

Nir Barkat

Mayor of Jerusalem
Jerusalem Municipality
1 Safra Square
Jerusalem 91007
Israel
Fax: +972 2 629 6014
Email:
lishka@jerusalem.muni.il

Coverfoto: Rida Nimr sitzt im Vorort Jabal al-Mukabbir südlich der Altstadt von Jerusalem inmitten der Trümmer des früheren Wohnhauses ihrer Familie, 29. Oktober 2009, © Amnesty International

